SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die sicherheitspolitische und militärstrategische Entwicklung Chinas vor und nach dem 11. September 2001

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Umbach, F. (2003). Die sicherheitspolitische und militärstrategische Entwicklung Chinas vor und nach dem 11. September 2001. In E. Reiter (Hrsg.), *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003* (S. 529-549). Hamburg: Mittler. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218821

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FRANK UMBACH

Die sicherheitspolitische und militärstrategische Entwicklung Chinas vor und nach dem 11. September 2001[1]

In:
Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003,
Hamburg-Berlin-Bonn 2003, S. 529-549.

> „A developing China needs a peaceful international environment and a favorable climate in its periphery. ... China steadfastly follows a road of peaceful development, pursues an independent foreign policy of peace and implements a national defense policy that is defensive in nature."[2]

Wirtschaftliche und politische Faktoren der Globalisierung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik

Während der letzten 2000 Jahre war China etwa 1800 Jahre lang die größte und bedeutendste Wirtschaftsmacht der Welt. Nur während der letzten 200 Jahre – dem „*Jahrhundert der Schande*" – wurde aus Sicht vieler Chinesen dem „*Reich der Mitte*" der gerechte Platz in der Welt von den Kolonialmächten verweigert. Seit 1978 wurde jedoch unter *Deng Xiaoping* in der Volksrepublik China ein wirtschaftspolitischer Reform- und Öffnungsprozess in Gang gesetzt, der zu einem beispiellosen und anhaltend hohen Wirtschaftswachstum geführt und die Integration des „*Reichs der Mitte*" in die Weltwirtschaft forciert hat. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas ist heute etwa fünfmal so groß wie zu Beginn der achtziger Jahre. Die chinesische Privatwirtschaft ist in diesem Zeitraum sogar um etwa das Zwanzigfache

---

[1] Die folgende Analyse ist im Rahmen eines von der Fritz Thyssen Stiftung am Forschungsinstitut der DGAP finanzierten Forschungsprojektes zur Zukunft der EU-China-Beziehungen entstanden.

[2] Auszug aus dem am 9.12.2002 veröffentlichten neuen – inzwischen vierten – Verteidigungsweißbuch der VR China. Information Office of the State Council; White Paper on China's National Defense in 2002. Beijing, 9.12.2002, hier via Internet <http://english.people.com.cn/features/ndpaper/nd.html>.

gewachsen.[3] Gleichzeitig wurden auch innenpolitische Reformprozesse vorangetrieben, die zwar einerseits hinter den Wirtschaftsreformen deutlich hinterher hinken, andererseits jedoch auch hier zu einer Öffnung des Landes beigetragen haben. Diese Reformprozesse waren auch von einer zunehmend pragmatischen Außenpolitik begleitet, welche die wirtschaftspolitischen Transformationsprozesse abzufedern und diese in ein stabiles außenpolitisches Umfeld einzubetten hatte.

Mit einem unverändert hohen Wirtschaftswachstum von 8,2 Prozent im Jahr 2002 (7,3 % in 2001) und mit einem Fünftel der Weltbevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen betritt die VR China das 21. Jahrhundert somit als eine aufsteigende Groß- und potenzielle Supermacht, welche das Gefüge des internationalen Staatensystems in den kommenden Jahrzehnten grundlegend verändern könnte. Dies gilt sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht.

Selbst wenn China mittelfristig nicht den ihm historisch angestammten Platz als größte Wirtschaftsmacht der Welt einnehmen und dabei sogar die USA auf den zweiten Platz verdrängen sollte, so gewinnt die Frage nach einer kooperativen und verantwortungsvollen Außen- und Sicherheitspolitik Pekings sowohl auf regionaler als auch globaler Ebene eine strategische Bedeutung von weltweiten Auswirkungen. Ungeachtet der vielen sozio-ökonomischen Probleme und Herausforderungen, denen sich Peking heute zunehmend gegenüber sieht und die im Ausland noch häufig weitgehend übersehen oder marginalisiert werden[4], ist es diese Perzeption als anscheinend unaufhaltsam aufsteigende Groß- und Supermacht, welche die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik insbesondere der asiatischen Nachbarstaaten (vor allem Japans und Indiens), der USA und Russlands schon heute maßgeblich beeinflusst.[5] So hat China speziell seit Mitte der neunziger Jahre nicht nur die Modernisierungsanstrengungen der Volksbefreiungsarmee (VBA) erheblich intensiviert und hierfür auch die

---

[3] Vgl. Joseph Kahn, International Herald Tribune (IHT) 5.11.2002, S. 5.

[4] Vgl. auch Frank Umbach: Entwicklungsprozess und Außenpolitik der VR China. In: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. Lehrbuch der Politikwissenschaft. München 2003 (im Druck), S. 334–365 (335).

[5] Vgl. auch Frank Umbach: Kooperation oder Konflikt in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen für Europa. München 2002.

Verteidigungshaushalte jährlich signifikant erhöht, sondern die VR China ist seit dem Jahr 2000 auch zum weltgrößten Waffenimporteur aufgestiegen.[6] Auch im Jahr 2002 hat China mit Importen konventioneller Waffensysteme in Höhe von etwa 3,6 Milliarden US-Dollar diese Position erfolgreich verteidigt, gefolgt von Südkorea mit 1,9 Milliarden, Indien mit 1,4 Milliarden und dem Oman mit 1,3 Milliarden US-Dollar. Insgesamt belaufen sich nach US-Angaben die gesamten Rüstungsimporte Chinas im Zeitraum 1995 bis 2002 auf 17,8 Milliarden US-Dollar, so dass China auch für den Gesamtzeitraum der weltweit größte Rüstungsimporteur ist.[7]

Gleichzeitig spiegeln die Rüstungsimporte jedoch auch die Schwierigkeiten der chinesischen Rüstungsindustrie wider, den eigenen Streitkräften modernste militärische Rüstungsgüter zur Verfügung zu stellen.[8] Da China keine nennenswerte militärische Ausrüstung für seine Streitkräfte aus den USA und Europa beziehen kann, ist die VBA zur Modernisierung faktisch allein auf den Import russischer Rüstungstechnik angewiesen. Da auch diese für China nicht unproblematisch ist und sich die VBA auch sonst großen Herausforderungen und Schwierigkeiten gegenübersieht, gilt es vor allzu alarmistischen Analysen der militärischen Aufrüstung Chinas zu warnen.[9] Dennoch darf gleichfalls vor allem in Europa nicht übersehen werden, dass sich erstens das regionale militärische Gleichgewicht vor allem in Nord- und Südostasien zunehmend zugunsten Chinas verändert[10] und zweitens die VBA bereits vor den terroristischen Anschlägen in den

USA am 11. September 2001 große Aufmerksamkeit den Formen

---

6 Vgl. auch Frank Umbach: Der Drache schärft die Krallen. In: Der Überblick, 2/2002, S. 76–82.

7 So die Angaben nach dem neuesten Forschungsbericht des US-Kongresses – siehe Richard F. Grimmett: Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 1995–2002. Congressional Research Service/Library of Congress – CRS Report for Congress. Washington D.C., 22.9.2003.

8 Vgl. auch John Frankenstein: Globalization of Defense Industries: China. The Atlantic Council of the United States. Washington D.C., February 2003.

9 Vgl. auch Harold Brown/Joseph W. Prueher/Adam Segal (Eds.): Chinese Military Power. Report of an Independent Task Force. Sponsored by the Council on Foreign Relations. New York 2003.

„*asymmetrischer Kriegführung*“ gewidmet hat, für die ein militärisches Gleichgewicht mit den USA oder anderen potenziellen Gegnern nicht notwendig ist. Diese zeichnen sich vielmehr gerade dadurch aus, dass mittels intelligenter Kriegführung und maximaler Ausnutzung der Schwächen der anderen Seite durch unkonventionelle Kriegführungsstrategien die eigenen politischen Zielsetzungen in gewaltsamen Konflikten realistisch durchgesetzt werden können. Hierzu zählen keineswegs nur Formen terroristischer Kriegführung, sondern auch viele andere Operationsformen – ein Umstand, der zudem militärhistorisch keineswegs neu ist und immer wieder Bestätigung gefunden hat.

Bevor die neuesten Modernisierungsanstrengungen der VBA und die Auswirkungen auf das regionale Umfeld im Einzelnen beleuchtet werden, gilt es zunächst auch den größeren Kontext der sich wandelnden Außen- und Sicherheitspolitik Chinas im 21. Jahrhundert zu skizzieren, um die gegenwärtigen Sicherheitsperzeptionen der politisch-militärischen Elite Chinas besser zu verstehen.

Die Globalisierung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert

> „Chinese foreign policy making is always caught in the struggle between the push of modern international norms and the pull of traditional Chinese values. The paradigm shifts in Chinese foreign policy are also consequential of Western external pressure on China. Chinese leaders have become more conforming to international norms but, at the same time, they still firmly uphold some traditional values in foreign policy making, such as sovereignty, territorial integrity, and national unification.“ [11]

Obwohl die meisten außenpolitischen Experten in China noch immer die Priorität der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik eher im unmittelbaren regionalen Umfeld Ostasiens orten, so stimmen auch sie inzwischen der Beobachtung zu, dass China zugleich eine zunehmend globale Außen- und

---

[10] Vgl. auch Frank Umbach: Military Balance in the Asia-Pacific: Trends and Implications. In: Mely Caballero-Anthony/ Mohamed Jawhar Hassan (Eds.): The Asia Pacific in the New Millennium. Political and Security Challenges (14th Asia-Pacific Roundtable, June 2000, ISIS, Malaysia). Kuala Lumpur 2001, S. 331–386.

Sicherheitspolitik konzipieren und verfolgen muss, die Resultat des gewonnenen wirtschaftlichen und politischen Gewichtes, der Erwartungen und Perzeptionen der Außenwelt sowie vor allem der konkreten wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist. Gleichzeitig besteht heute unter den westlichen Chinaexperten weitgehend Einigkeit darüber, dass die Globalisierungstendenzen und das neue weltpolitische Gewicht Chinas wichtige Auswirkungen auf die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik haben, dass aber Peking bisher seiner neuen weltpolitischen Rolle und einer aktiveren Außenpolitik außerhalb Asiens noch nicht ausreichend gerecht wird. Dies gilt insbesondere für die Verantwortung Chinas nicht nur in Fragen der regionalen Stabilität, sondern auch hinsichtlich globaler sicherheitspolitischer Herausforderungen (wie z. B. bei Fragen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen), selbst wenn auch hierbei Fortschritte zu erkennen sind.[12] Gleichwohl ist gerade in den letzten zwölf Monaten eine deutlich aktivere Außen- und Sicherheitspolitik der VR China auf der koreanischen Halbinsel gegenüber den nordkoreanischen Nuklearwaffenambitionen und Pjöngjangs Politik nuklearer Erpressung der internationalen Gemeinschaft zu erkennen. Aber auch das findet aufgrund innenpolitischer Faktoren in China seine Grenzen.

Eine zunehmend globalere Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik Chinas ist allerdings inzwischen nicht länger zu leugnen und Resultat der immer stärkeren Einbindung des „*Reichs der Mitte*“ in die weltwirtschaftlichen Strukturen. Eine gleichzeitig zunehmende Vernetzung der globaleren Wirtschaftspolitik Pekings mit seiner Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist vor allem bei der chinesischen Energiepolitik und der zukünftigen Energieversorgungssicherheit des Landes zu beobachten.[13] So hat die Verschlechterung der Aussichten auf neue größere Energiefunde im

---

[11] So das chinesische Autorenteam Weixing Hu/Gerald Chan/Daojiong Zha: Understanding China’s Behavior in World Politics. In: Weixing Hu/Gerald Chan/Daojiong Zha (Eds.): China’s International Relations in the 21st Century. Dynamics of Paradigm Shifts. Lanham-New York-Oxford 2000, S. 1–14 (13).

[12] Zum Hintergrund siehe auch Rosemary Foot: Chinese Power and the Idea of a Responsible State. In: China Journal, January 2001, S. 1–19; und Michael Yahuda: China’s Foreign Relations: The Long March, Future Uncertain. In: The China Quarterly, September 1999, S. 650–659.

eigenen Land die politische Führung und die Managerelite des Energiesektors Chinas seit 1996/97 gezwungen, verstärkt nach neuen Energieressourcen im Ausland Ausschau zu halten. Noch im Jahr 1990 hatte China 81,5 Prozent seines Rohölimports aus lediglich drei ausländischen Staaten bezogen, wobei Indonesien das einzige Land war, das mehr als eine Million Tonnen Rohöl nach China exportierte. Im Jahr 1997 hatte sich die Anzahl derjenigen Länder, die mehr als zwei Millionen Tonnen Rohöl nach China exportierten, gegenüber den drei Staaten von 1990 bereits verdoppelt (Indonesien, Oman, Jemen, Angola, Iran und Vietnam). China bezog zu diesem Zeitpunkt bereits Erdöl aus allen Golf-Staaten mit Ausnahme Bahrains.

Mit einem kontinuierlich hohen Wirtschaftswachstum dürfte Chinas Abhängigkeit von Ölimporten von gegenwärtig 34 Prozent seines nationalen Energieverbrauchs auf 45 Prozent im Jahr 2010 zunehmen. Im Jahr 2030 könnte diese Abhängigkeit nach Angaben der *Internationalen Energieagentur* (IEA) in Paris sogar auf bis zu 84 Prozent ansteigen.[14] Im Jahr 2002 importierte China bereits 69,4 Millionen Tonnen (509 Mio. Fass) Rohöl – 15,2 Prozent mehr als im Jahr 2001. Schon heute ist China mit seinen 1,3 Milliarden Menschen der weltweit zweitgrößte Konsument von Primärenergie (was gegenwärtig mehr als zehn Prozent der weltweiten Nachfrage nach Primärenergie ausmacht), der drittgrößte Energieproduzent und nach den USA der zweitgrößte Verschmutzer bei den globalen Kohlendioxidemissionen (CO_2).

Diese Abhängigkeit von Erdölimporten hat strategische Auswirkungen auch auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes. Die politische Führung Chinas und sein Außenministerium müssen sich aufgrund der neuen energiepolitischen Abhängigkeiten nun mit Ländern und Regionen auseinandersetzen, die in der Außenpolitik bisher keine oder lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Während Fragen der regionalen politischen Stabilität außerhalb Ostasiens – wie im Mittleren Osten oder in Zentralasien – in der traditionellen chinesischen Außenpolitik nur geringe Aufmerksamkeit der politischen und militärischen Elite Chinas

---

[13] Vgl. hierzu auch Frank Umbach: Kooperation oder Konflikt, S. 330; und ders.: Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik. München 2003, S. 103ff.

[14] Siehe hierzu: China – An In-Depth Study. In: OECD/IEA (Ed.): World Energy Outlook 2002, Paris 2002, S. 237–268.

erregten, besitzt China heute dort vitale strategische Interessen.[15] China muss auch den Fragen der politischen Stabilität in jenen Weltregionen eine wesentlich größere Beachtung schenken, wenn die zukünftige Energiesicherheit des Landes als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und sozio-ökonomische Stabilität gewahrt werden soll. So sind die Herausforderungen der nationalen Energiesicherheit Chinas seit Mitte der neunziger Jahre von „*low politics*" zu einer Frage von „*high politics*" für die höchste politische Führung Pekings geworden und zwingen Peking unter bestimmten Umständen, eine aktivere Außen- und Sicherheitspolitik zur Verteidigung seiner sich verändernden strategischen Interessen zu betreiben.

Die prognostizierte Zunahme der globalen Erdölproduktion, eine zunehmende marktwirtschaftliche Ausrichtung nationaler Energiepolitik (einschließlich Privatisierung und Deregulierung) sowie Energiesparmaßnahmen werden den gewaltigen Anstieg des Erdölverbrauchs Chinas und Ostasiens mit aller Wahrscheinlichkeit zwar grundsätzlich bewältigbar halten, wenngleich für die Zeit nach 2010 von zahlreichen internationalen Energieexperten größere Preiserhöhungen befürchtet werden. Dennoch kann eine verschärfte ökonomische und politische Machtkonkurrenz vor allem mit Japan, Indien, den USA und mittel- sowie langfristig auch mit Russland und sogar der EU um die knapper werdenden globalen Erdölreserven nicht von vornherein ausgeschlossen werden. So sind chinesische Energieexperten hinsichtlich der weltweiten Energievorräte häufig skeptischer als westliche, sie schließen sogar eine signifikante Verknappung der globalen Rohölreserven in den nächsten 20 Jahren nicht aus. Daher kommen sie häufig auch zu viel alarmierenderen Analysen als westliche Experten. Eine derartige strategische Machtkonkurrenz könnte sich auch um den Zugang zu Seewegen (und die Sicherheit von Energietransporten) in Süd- und Nordostasien sowie im Indischen Ozean, über die der Großteil der asiatischen Energieimporte aus der Region des Golfes und Mittleren Ostens sichergestellt wird, entwickeln.

---

[15] Vgl. auch Frank Umbach: Zukünftige Auswirkungen der energiepolitischen Abhängigkeiten Chinas und Asiens vom Mittleren Osten und von Zentralasien. In: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2002. Bd. 2. Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 191–220.

Vor diesem Hintergrund haben die Regionen des Persischen Golfes und Zentralasiens aus Sicht Chinas und anderer ostasiatischer Staaten nicht nur für die eigene Energiepolitik, sondern auch für die nationale Außen- und Sicherheitspolitik kontinuierlich an strategischer Bedeutung gewonnen. Die zunehmend globale Ausrichtung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik auf den Persischen Golf, Afrika und sogar Lateinamerika seit Mitte der neunziger Jahre erklärt sich somit keineswegs nur aus dem steigenden wirtschaftlichen Gewicht, dem eigenen Prestige und dem angestrebten Großmachtstatus der VR China, sondern zu einem erheblichen Teil aus den unmittelbaren strategischen Auswirkungen und Konsequenzen der eigenen Energienachfrage sowie der rapide steigenden Öl- und Gasimporte aus Ländern außerhalb der asiatisch-pazifischen Region. Vor allem in Europa sind diese ökonomisch-politischen Interdependenzen sowie ihre geopolitischen Implikationen für die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas jedoch bisher kaum beachtet und analysiert worden, obschon diese nicht nur für die USA, sondern auch für Europa zahlreiche Herausforderungen bringen, die auch die zukünftige wirtschaftliche und politische Stabilität der EU beeinflussen werden.

Obwohl sich das äußere Umfeld in den neunziger Jahren für China zunehmend positiv entwickelt hat und China inzwischen aufgrund seiner wirtschaftlichen sowie politischen Erfolge vor allem in Südostasien eine zunehmende Selbstsicherheit und auch ein spürbar größeres Selbstbewusstsein entwickelt hat, sind zugleich auch neue potenzielle Bedrohungen entstanden. Dies betrifft insbesondere ein ambivalentes Verhältnis zu den USA, welches einerseits von Bewunderung, andererseits von einer strategischen Rivalität geprägt ist. Aus Sicht vieler chinesischer Beobachter versuchen die USA, Peking einzudämmen und China den Platz zu verweigern, der ihm historisch zusteht. Dies gilt besonders hinsichtlich der ungelösten Wiedervereinigungsfrage mit Taiwan, welche neben der wirtschaftlichen Modernisierung die höchste Priorität für die politisch-militärische Führung in Peking genießt. Da China in der Vergangenheit auch vor der Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele nicht zurückschreckte, aber aufgrund seiner begrenzten militärischen Fähigkeiten in der Forcierung ehrgeiziger außenpolitischer Ziele zugleich oft gehemmt war, fürchten viele Sicherheitsexperten, dass Peking in Zukunft aufgrund seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten und seiner beschleunigten

militärischen Aufrüstung gewillt sein könnte, größere außenpolitische Risiken und Abenteuer einzugehen. Zudem gelten nicht nur die Taiwan-Frage, sondern auch die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer aus Sicht Chinas primär als innenpolitische Angelegenheit, welche ausländische Einmischung nicht dulde. Der Unwillen Pekings, auf seine – dem Völkerrecht eindeutig widersprechenden – Territorialansprüche auf 90 Prozent des Südchinesischen Meeres zu verzichten und eine Lösung zugunsten einer gemeinschaftlichen Ressourcennutzung zu suchen, wird von den ASEAN-Staaten häufig als Versuch gewertet, den Konflikt so lange hinauszuzögern, bis Peking das wirtschaftliche, militärische und politische Gewicht besitzt, seine Ansprüche einseitig und notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Hieran ändert auch die im Jahr 2002 verabschiedete „*Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea*“[16] nichts, die kein völkerrechtlicher Vertrag ist, sondern lediglich eine Absichtserklärung, die Territorialkonflikte friedlich zu lösen und nicht durch die Anwendung oder auch nur Androhung militärischer Gewalt.[17] Zudem existieren derartige unverbindliche Abkommen bereits sowohl in multilateraler als auch in bilateraler Form, ohne dass sich China hiervon bisher wirklich hat leiten lassen[18], wie nicht zuletzt anhaltende Warnungen der Philippinen über weiter zunehmende chinesische Aktivitäten in der Nähe von Inseln und Riffen bestätigen, welche die Philippinen als Teil ihres Hoheitsgebietes betrachten.[19]

Darüber hinaus sieht sich China vor allem an seiner Südflanke in Südasien im Konflikt mit Indien und durch die gefährliche Eskalation des

---

16 Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea. Phnom Penh, 4.11.2002, hier via Internet <www.aseansec.org/13165.htm>.

17 Vgl. auch Mely Caballero-Anthony: ASEAN-China Relations Turn the Corner. PacNet Newsletter, No. 52, 12.12.2002.

18 Vgl. John Hill: China and ASEAN Sign Spratly Deal. In: Jane’s Intelligence Review, December 2002, S. 4; und Matt Williams: Don’t Neglect the Spratlys. In: Far Eastern Economic Review (FEER), 26.9.2002, S. 26; Mark J. Valencia: South China Sea Agreement: Close but No Cigar (unpublished paper); Zum Verhandlungsverlauf und den einzelnen nationalen Interessenlagen sowie früheren multilateralen und bilateralen Abkommen siehe Frank Umbach; Kooperation oder Konflikt, S. 84ff. und 241ff.

19 Vgl. Security Watch: Southeast Asia Troubles Rise as Iraq War Looms. Stratfor.Biz, 12.2.2003.

Kaschmir-Konfliktes mit möglicherweise nuklearen Eskalationsszenarien bedroht, die Peking vor erhebliche Probleme auch hinsichtlich seines engen Bündnisses mit Pakistan stellen. Des Weiteren erkennt Peking auch in der zunehmenden Destabilisierung Afghanistans und in der Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus von Afghanistan über Zentralasien in die chinesische Westprovinz Sinkiang negative Entwicklungen für seine nationale Sicherheit und Stabilität.

Da Chinas Entwicklung in den nächsten Jahren angesichts der vielen innenpolitischen Herausforderungen der ökonomischen, sozialen und politischen Reformen sehr kritisch verlaufen könnte, ist auch die neue, „*vierte Generation*" der politischen Führung des Landes um *Hu Jintao* als Nachfolger von *Jiang Zemin* auf ein friedlich-stabiles Umfeld angewiesen. Nur in der Taiwan-Frage schließen chinesische Experten nicht aus, dass Peking bei einer Unabhängigkeitserklärung der „*abtrünnigen Provinz*" keine andere Wahl als die Anwendung von militärischer Gewalt bliebe. Dies gilt selbst für den Fall, dass die USA auf der Seite Taiwans militärisch intervenieren würden, da es sich keine politische Führung Chinas innenpolitisch erlauben könne, Taiwan sich vom Festland Chinas abspalten zu lassen. In Chinas „*White Paper on Taiwan*" vom 21. Februar 2000[20] ging Peking sogar noch einen Schritt weiter. Danach sieht sich Peking nicht nur gezwungen, Taiwan anzugreifen, wenn Taipeh sich für unabhängig erklärt, sondern auch dann, wenn eine ausländische Macht Taiwan besetzt und – das ist neu – wenn sich Taiwan definitiv weigern sollte, in Verhandlungen zur Wiedervereinigung einzutreten.[21] Auch wenn inzwischen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße etwas mehr Pragmatismus zu erkennen ist, so hat sich an dem grundlegenden Konflikt zwischen Peking auf der einen und Taipeh sowie den USA auf der anderen Seite nichts verändert. Nicht wenige Sicherheitsexperten in Asien sahen in den letzten Jahren daher diesen

---

[20] The One-China Principle and the Taiwan Issue, Beijing, 21 February 2000, via Internet <http.//www.nytimes.com/library/world/asia/022200china-taiwan-text.html>.

[21] Vgl. auch Frank Umbach: Mayor Conflicts in Asia – Case Study: Mainland China and Taiwan Relations. In: Joao Amorim/Mario Avelar/Ulrich Niemann (Eds.): Integration or Disintegration of the Modern World? Experiences in Europe and Asia. Lectures from the Fifth ASEF-University. Singapore 2002, S. 49–65 (51ff.).

Konflikt und nicht Nordkorea als die größte regionale Sicherheitsherausforderung in der asiatisch-pazifischen Region.

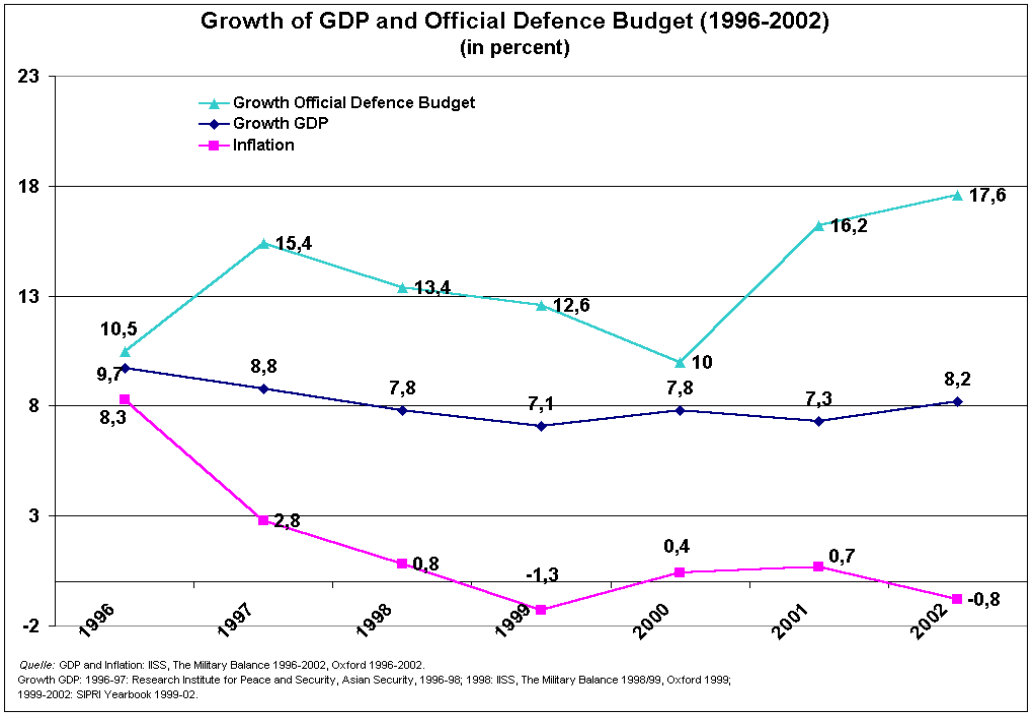
Verschiebung des militärischen Gleichgewichts? – Chinas militärische Modernisierungen und die daraus resultierenden regionalen Sicherheitsdilemmata

Auch wenn die wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen China, Indien und Japan im letzen Jahrzehnt kontinuierlich zugenommen haben und der jeweilige bilaterale Handel weiter ausgebaut wird, so kann dennoch auf der anderen Seite eine zunehmende strategische Rivalität zwischen China und Indien sowie China und Japan konstatiert werden. Diese hat inzwischen auch zu einer sicherheitspolitischen Annäherung und zu neuen Kooperationsformen zwischen Indien und Japan geführt. China hat seit 14 Jahren seine Verteidigungsausgaben stets zweistellig erhöht. Dabei sind seit mehreren Jahren die Militärausgaben deutlich schneller gewachsen als die Staatsausgaben und das BIP (siehe auch Abbildung 1). So sind die Verteidigungsausgaben 2001 um 17,7 und 2002 um 17,6 Prozent auf offiziell 20 Milliarden US-Dollar gestiegen – damit innerhalb von zwei Jahren um nicht weniger als 35 Prozent! Da gleichzeitig seit 1997 die Inflationsrate sehr gering und weiter abgefallen war – im Jahr 2001 betrug sie 0,7 und 2002 sogar minus 0,8 Prozent (siehe Abbildung 1) –, haben die großen nominalen Zuwächse im Verteidigungshaushalt einen signifikanten qualitativen Modernisierungsschub der VBA ermöglicht. Bereits das offizielle Verteidigungsbudget aus dem Jahr 2000 in Höhe von 17,2 Milliarden US-Dollar hatte die Militärausgaben Taiwans, Südkoreas und sogar Indiens übertroffen. Aus offizieller Sicht Pekings ist die Steigerung des Verteidigungshaushaltes in den letzten Jahren durch höhere Gehälter für die Militärangehörigen, mehr Ausgaben für militärisches Training (zur Steigerung der Kampfkraft) und die Ausfälle im Verteidigungsbudget, die sich seit 1998 durch die Schließung der zahlreichen lukrativen Geschäftstätigkeiten der Volksbefreiungsarmee (VBA) ergaben, zu erklären.

Diese Erklärungen sind durchaus zutreffend, aber zugleich unvollständig, da auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung neuer Waffensysteme sowie für militärische Beschaffung erheblich gestiegen sind.

Abbildung 1:

Quellen: GDP and Inflation: IISS, The Military Balance 1996–2002. Growth GDP: 1996/97:



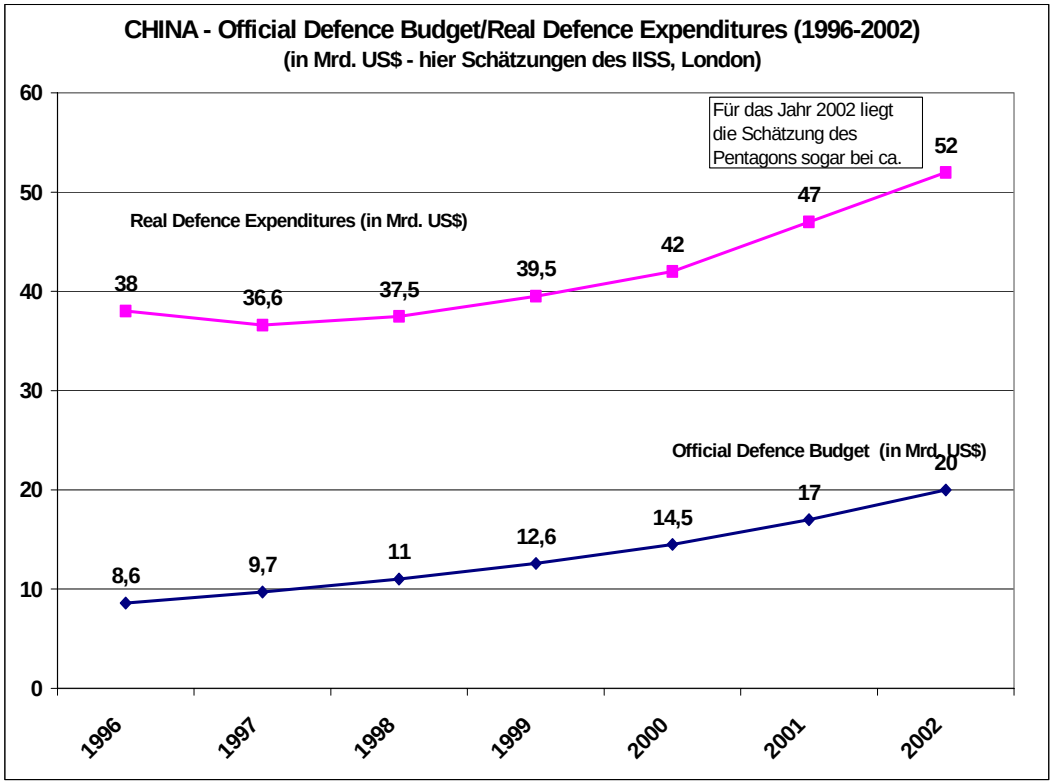
Research Institute for Peace and Security, Asian Security, 1996–98; 1998: IISS, The Military Balance 1998/99, Oxford 1999; 1999–2002: SIPRI Yearbook 1999–2002.

Wie vereinzelt von sicherheitspolitischen Experten Chinas inzwischen durchaus zugegeben wird, ist der Verteidigungshaushalt des Landes nicht nach UN- oder NATO-Kriterien mit jenen anderer Länder vergleichbar. So seien etwa Pensionen für mehr als fünf Millionen Soldaten sowie andere Einzelausgaben in dem offiziell ausgewiesenen Verteidigungsbudget nicht enthalten, wie zahlreiche westliche Sicherheitsexperten wiederholt kritisiert haben. Internationale Sicherheits- und Militärexperten gehen davon aus, dass die tatsächlichen Verteidigungsausgaben das Zwei- bis Fünffache der offiziellen Ausgaben ausmachen. Unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten hatte das amerikanische Verteidigungsministerium im Jahr 2002 erstmals offiziell die tatsächlichen Verteidigungsausgaben Chinas auf bis zu 65 Milliarden US-Dollar beziffert[22] – eine Größenordnung, die im

mittleren Spektrum westlicher Annahmen angesiedelt ist. Selbst wenn man

von etwas geringeren Verteidigungsausgaben Chinas ausgeht (siehe Abbildung 2), könnten diese inzwischen selbst jene Japans (etwa 45 Mrd. $) übertroffen haben und damit die dritthöchsten Militärausgaben der Welt (nach den USA und Russland) sein. Sollte das hohe Wirtschaftswachstum von acht Prozent in den nächsten Jahren anhalten und der Verteidigungshaushalt real um 20 Prozent unter Berücksichtigung auch der versteckten Ausgaben wachsen, dann könnte das Verteidigungsbudget selbst nach chinesischen Experten im Jahr 2010 sieben Mal so groß sein wie jenes im Jahr 1999.[23] Gleichwohl ist die Militärelite mit den bisherigen Zuwächsen im Verteidigungshaushalt unzufrieden und hat dies wiederholt in den letzten Jahren auch öffentlich kritisiert.[24]

Abbildung 2:



Quelle: IISS: The Military Balance 1996–2002, Oxford 1996–2002.

---

[22] Vgl. U.S.-China Economic and Security Review Commission. Report to Congress of the U.S.-China Security Commission. Washington D.C., July 2002, via Internet <www.uscc.gov/anrp02.htm>, hier Kap. 9.

[23] Vgl. ebd.

Die beschleunigte militärische Modernisierung, die freilich im Vergleich zu den NATO-Streitkräften und jenen Russlands seit Mitte der neunziger Jahre von einem sehr geringen Niveau ausging, ist im hohen Maße nach wie vor auf den Import modernster Rüstungstechnologie vor allem bei den Luft- und Seestreitkräften angewiesen. Da die westlichen Staaten seit 1989 ein Exportverbot militärischer Ausrüstung in die VR China verhängt haben, ist Peking vor allem von der Einfuhr militärischer Waffensysteme und von Technologietransfers aus Russland abhängig. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat China im letzten Jahrzehnt Waffen im Wert von 10,78 Milliarden US-Dollar eingeführt, wovon mehr als 90 Prozent aus Russland importiert wurden. Seit dem Jahr 2000 ist China damit zum größten Waffenimporteur der Welt geworden — noch vor Indien, der Türkei, Taiwan und Saudi-Arabien. Doch auch diese Zahl dürfte zu gering sein, da die öffentlich zugänglichen Zahlen chinesischer Waffenimporte aus Russland zumeist nicht alle Lieferungen von modernen Panzern, Artillerie- und Radarsystemen, Raketen und Hubschraubern enthalten und auch nicht die legalen und illegalen Technologietransfers aus Russland berücksichtigen.[25] Allein während der letzten zwölf Monate wurden neue Rüstungslieferungen von Russland an China in Höhe von etwa 5 Milliarden US-Dollar neu vereinbart.[26] Im Zeitraum 2001 bis 2002 wurden acht zusätzliche *Kilo*-U-Boote vom Typ *636* mit einem Gesamtwert von allein 1,6 Milliarden Dollar von Russland gekauft, die unter Wasser auch hochmoderne Anti-Schiffs-Marschflugkörper vom Typ *Club-S* mit einer Reichweite von 220 Kilometern verschießen können. Des Weiteren wurden weitere 24 *SU-30MKK2* Kampfflugzeuge, zwei weitere moderne Raketenzerstörer der *Sovremmenny*-Klasse (Typ *956EM*) und schiffgestützte Luftabwehrraketen gekauft. Im Gespräch zwischen Peking und Moskau sind weitere Marschflugkörper mit größerer Reichweite. Moskau weigert sich allerdings, hochmoderne Flugkörper mit

---

[24] Vgl. auch James Mulvenon: The PLA and the 2002 National People's Congress: Budget, Personnel, and Regulations. In: China Leadership Monitor, No. 3, Summer 2002, via Internet <www.chinaleadershipmonitor.org/20023/jm1.pdf>.

[25] Vgl. auch David Lague/Susan Lawrence: In Guns We Trust. In: FEER, 12.12.2002, S. 32–35.

[26] Siehe hierzu im Einzelnen Frank Umbach: US and European Assessments of China's Political Intentions, Military Capabilities, Arms Control and Non-Proliferation Policies. Die Analyse wurde bei der Tagung der German-European Expert Group des Transatlantic China Dialogue am 9.9.2002 vorgestellt.

mehr als 300 Kilometern Reichweite wie die „*Jachont*“ an China zu liefern.[27] Wenn alle bisherigen Rüstungsexportabkommen mit Russland implementiert worden sind, wird China allein über 350 bis 500 hochmoderne Kampfflugzeuge der Typen *SU-27* und *SU-30*, daneben über 500 bis 1000 weitere moderne Kampfflugzeuge des neuen eigenen Typs *J-10* sowie mit modernen Avionik- und Radarsystemen und neuen Flugkörpern ausgerüstete ältere Kampfflugzeuge verfügen, mindestens zwölf U-Boote der *Kilo*-Klasse und vier Raketenzerstörer der *Sovremenny*-Klasse und weitere neue Zerstörer sowie Fregatten aus Eigenbau besitzen.[28] Mit den in Entwicklung befindlichen neuen eigenen konventionellen und nuklearen U-Booten, die auch über ballistische Nuklearraketen und Marschflugkörper verfügen werden, wird China bis 2015 zwar nicht die USA global herausfordern, wohl aber ein regionales militärisches Übergewicht aufbauen können. Da nicht nur China, sondern auch die anderen asiatischen Staaten und insbesondere Japan sowie Indien ihre neuen Aufrüstungsprogramme auf der Basis weitgehend unilateraler Sicherheitsstrategien aufbauen, nimmt die strategische Rivalität vor allem über die Luft- und Seerüstungen zu. Dies könnte in den nächsten beiden Jahrzehnten zwischen diesen drei Staaten und den USA zu einem größeren maritimen Rüstungswettlauf von Nord- über Südostasien bis in den Indischen Ozean und den Persischen Golf führen.

Inzwischen ist das Arsenal von Kurz- und Mittelstreckenraketen der VR China an der Taiwanstraße auf 450 Raketen angewachsen und könnte bis zum Jahr 2005 auf bis zu 700 Systeme weiter zunehmen. Diese Geschwindigkeit der Neudislozierung von jährlich 50 neuen Raketen soll nach US-Angaben inzwischen auf 75 Raketen erhöht worden sein. Auch die Stationierung einer neuen Luftlandedivision in größerer Nähe zur Taiwanstraße sowie die jüngsten Neubesetzungen militärischer Schlüsselposten

---

[27] Vgl. Vremja Novostei, 27.5.2003, S. 6.

[28] Vgl. hierzu auch Richard D. Fisher Jr.: China Accelerates Navy Building. In: China Brief, Vol. 3, No. 15, 29.7.2003, via Internet <http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_015_004.htm>; und Robert Wall: Bulking Up. In: Aviation Week & Space Technology, 4.8.2003, S. 22f.; und Ming-Yen Tsai: China’s Weapon Development. In: Peace Forum Essays (Taiwan), July 2002.

spiegeln die besondere militärstrategische Bedeutung des Taiwan-Konfliktes für die politische-militärische Führung Pekings wider.[29] Diese ist bemüht, den eigenen Invasionsdrohungen mehr militärstrategische Glaubwürdigkeit durch die Aufrüstungsprogramme zu verleihen und für die USA im militärischen Ernstfall die Interventionsschwelle so hoch wie möglich zu legen, das heißt die USA doch noch durch die regionalen militärischen Fähigkeiten und eine größere nuklearstrategische Zweitschlagsfähigkeit (Ausbau der ICBM auf 75–100 Systeme mit vermutlich dann je 3 Mehrfachsprengköpfen und bis zu sechs nuklearen U-Booten mit insgesamt 96 SLBMs mit ebenfalls bis zu je 3 Mehrfachsprengköpfen) von einer Intervention auf Seiten Taiwans militärisch abzuschrecken.

Diese Modernisierungsanstrengungen sind zugleich mit umfangreichen Strukturreformen der 2,5 Millionen Mann starken VBA verbunden. Nachdem die VBA Mitte der neunziger Jahre bereits um 500 000 Mann verkleinert wurde, ist nun eine weitere Kürzung um 200 000 Mann beschlossen worden (ursprünglich sollten es noch einmal bis zu 500 000 Mann sein).[30] Hierbei soll vor allem der große Überhang an älteren Offizieren und Generälen abgebaut werden, um so noch mehr Finanzressourcen für die Modernisierung der Ausrüstung und bessere Bezahlung der jüngeren Offiziere der VBA freizusetzen.

Bei diesen Strukturreformen – und nicht so sehr bei der Frage der Modernisierung der militärischen Hardware – sowie bei der Verbesserung der Kampfkraft durch Ausbildung und Training auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Computerisierung der chinesischen Streitkräfte liegen die eigentlichen Probleme und Herausforderungen, wenn Peking in den nächsten Jahrzehnten wirklich schlagkräftige Streitkräfte schaffen will. Besondere Aufmerksamkeit muss Peking dabei der technischen Ausbildung widmen, die nur durch Rekrutierung eines neuen und technisch begabteren jüngeren Offizierskorps gelingen kann. Dabei stehen die Streitkräfte jedoch in einem scharfen Wettbewerb mit der Wirtschaft, die eine sehr viel bessere Entlohnung und ein attraktiveres soziales Umfeld anbieten kann. Die tradier-

---

[29] Vgl. auch Oliver Chou, Straits Times, 14.8.2003, S. A2.

te politisch-ideologische Indoktrinierung steht einer beschleunigten Professionalisierung der chinesischen Streitkräfte ebenfalls im Weg.

Doch auch bei den Rüstungsimporten aus Russland sieht sich China mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Mit der pro-westlichen Außenpolitik *Wladimir Putins* in Moskau fand auch eine Neubewertung der Beziehungen zu China und Indien statt. Inzwischen hat Russland seine militärtechnologische Zusammenarbeit mit Indien erheblich ausgeweitet. Moskau ist dabei auch bereit, an Indien nukleargetriebene U-Boote, *TU-22 Backfire*-Bomber und anderes Militärgerät von strategischer Bedeutung zu liefern, das Moskau Peking aber weiterhin verweigert. Zudem haben Moskau und New Delhi zahlreiche gemeinsame Rüstungsprojekte ins Leben gerufen, die eine neue Generation von Waffensystemen entwickeln und produzieren sollen. Auch hierzu ist Moskau bisher mit Peking nicht in vergleichbarer Weise bereit. Dies verweist ungeachtet der gemeinsamen Deklarationen auf ein zunehmendes russisches Misstrauen gegenüber Peking, das sich inzwischen keineswegs auf die russischen Gebiete an der Grenze zu China beschränkt, sondern sich auch hinsichtlich der Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zwischen beiden Seiten auswirkt und mehr und mehr auf Zentralasien erstreckt. Dazu ist die gemeinsame Zusammenarbeit im Rahmen der *Shanghaier Kooperationsorganisation* (SCO) kein Widerspruch, sondern ein Indiz für das Misstrauen und den Versuch Russlands, Peking regional einzubinden und in gewisser Weise auch durch Schaffung von Transparenz und Kooperation zu kontrollieren oder zumindest Einfluss auszuüben. Dennoch wird sich das militärstrategische Kräftegleichgewicht in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht nur zwischen Peking und den ostasiatischen Nachbarstaaten (ASEAN, Taiwan und Japan) grundlegend ändern, sondern auch zwischen Russland und China[31], auch wenn Pekings Augenmerk und

---

[30] Vgl. People's Daily, 1.9.2003 (Internet-Version); Joseph Kahn, The New York Times, 2.9.2003 (Internet-Version); Richard McGregor, Financial Times Deutschland, 2.9.2003, S. 15; und Oliver Chou, Straits Times, 30.8.2003 (Internet-Version).

[31] Vgl. auch Frank Umbach: Russia's Strategic and Military Interests in North- and Southeast Asia. In: Michael H. Crutcher (Ed.): The Russian Armed Forces at the Dawn of the Millenium. Center for Strategic Leadership/The United States Army War College, Carlisle Barracks, PA, December 2000, S. 261–321; ders.: Future Military Reform: Russia's Nuclear and Conventional Forces. Conflict Studies Research Centre/Defence Academy of the United Kingdom, D65, August 2002, S. 36; und ders.: Maritime Strategy of Russia – The Gap between Great Sea Power Ambitions and Economic-Military Realities. In: Jürgen Schwarz/Wilfried A. Herrmann/Hanns-Frank Seller (Eds.): Maritime Strategies in Asia. Bangkok 2002, S. 171–206.

die strategischen Dislozierungen seiner Elitestreitkräfte gegenwärtig klar ausgerichtet sind. Dies gilt umso mehr, als Peking das gegenwärtig umfangreichste strategische Nuklearwaffenprogramm unterhält. Es ist die einzige Nuklearmacht, die gleichzeitig zwei ICBM-Programme, eine neue Generation von SLBMs sowie eines strategischen U-Bootes (SSBN), und nuklearwaffenfähige Marschflugkörper unterhält. Dabei verfügen die in der Entwicklung befindlichen ICBMs und SLBMs auch über die Fähigkeit, zumindest drei Mehrfachsprengköpfe zu tragen. Sollte sich Peking hierzu entschließen, was nach dem SORT-Vertrag und der Aufkündigung von START-II durch Russland eher noch wahrscheinlicher geworden ist, dann könnte sich die Zahl der strategischen Nuklearsprengköpfe in den nächsten zehn bis 15 Jahren auf 600 bis 900 Sprengköpfe erhöhen und würde das Niveau des strategischen Nuklearwaffenarsenals Russlands erreichen. Gerade aufgrund dieser Entwicklungsprogramme und weil Peking bisher in keine vergleichbaren nuklearen Abrüstungsverhandlungen (SALT, START, SORT) einbezogen war, ist ein strategischer Dialog zwischen den USA und China notwendig, wenn destabilisierende Rüstungsentwicklungen auf beiden Seiten vermieden werden sollen. Dies gilt umso mehr, als China auch große Anstrengungen hinsichtlich einer Informationskriegführung und der zukünftigen Entwicklung leistungsfähiger militärischer Satelliten und anderer Weltraumsysteme unternimmt. Damit zeichnet sich ab, dass sich die gegenwärtige und wenig glaubwürdige minimalistische Nuklearwaffenabschreckungsposture in Richtung multidimensionales Abschreckungsdispositiv entwickeln wird: eine glaubwürdige nukleare Minimalabschreckung gegenüber den USA und Russland, eine mehr offensiv orientierte Kriegsführungsposture im Rahmen einer begrenzten Abschreckungsstrategie vor allem durch nukleare Kurz- und Mittelstreckenraketen gegenüber Taiwan und eine offensiv ausgerichtete „*Counter-Force*“-Kriegsführungsposture einer „*aktiven Verteidigung*“ oder auch „*offensiven Verteidigung*“ für die konventionellen Raketenstreitkräfte.[32]

[32] Vgl. Bates Gill: Can China’s Tolerance Last? In: Arms Control Today, January–February 2002 (Online Version).

Auswirkungen des 11. September 2001 und die Perspektiven

In den ersten Monaten nach dem 11. September 2001 waren viele internationale Experten noch skeptisch, ob sich an dem strategischen Beziehungsgeflecht zwischen den USA, Russland und China qualitativ etwas grundsätzlich ändern wird. Doch bereits ein Jahr vor dem Terroranschlag in New York und Washington hatte der russische Präsident *Putin* weit reichende Entscheidungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik getroffen, deren Grundlage ein stark verändertes Bedrohungsbild war. Nun bildeten nicht mehr die NATO und die USA in der kurzfristigen Perspektive die eigentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes, sondern die Instabilitäten an der „*weichen Südflanke*" Moskaus.[33] Diese weit reichende Richtungsentscheidung *Putins* war zunächst von den USA kaum erkannt und von keinem Angebot einer strategischen Zusammenarbeit begleitet worden, zumal *Putin* selbst aus innenpolitischen Gründen nicht bereit war, in der Frage des *Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrages* bereits wirklich einzulenken.

Der 11. September 2001 bot dann aber *Putin* die Möglichkeit, den Richtungswechsel stärker zu vollziehen, zumal er sich innenpolitisch durch die Bedrohungsperzeption eines terroristischen islamischen Fundamentalismus bestätigt fühlen konnte. Als die USA schließlich im Dezember 2001 den *ABM-Vertrag* aufkündigten und Moskau nur lauwarm protestierte, aber keine der vielfach angedrohten Konsequenzen wahr machte, sondern vielmehr eine immer engere strategische Zusammenarbeit in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen mit den USA suchte und sogar nichts gegen amerikanische Militärstützpunkte in Zentralasien einwendete, hatte dies auch für Pekings Außen- und Sicherheitspolitik weit reichende Konsequenzen. Sowohl bei der *ABM-Frage* als auch hinsichtlich der US-Stützpunkte in Zentralasien war Peking diplomatisch vollständig isoliert und konnte sich nicht länger auf die vielfach proklamierte „*strategische Partnerschaft*" mit Moskau stützen. *Jiang Zemin* erkannte dieses Dilemma und konnte diese Umstände selbst gegen die nationalistischen Kritiker einer zu kooperativen Außenpolitik gegenüber den USA nutzen, um seinerseits die kooperativen Elemente einer Zusammenarbeit mit den USA herauszu-

---

[33] Vgl. Frank Umbach: Veränderte Bedrohungsperzeptionen in Russland. In: Internationale Politik, 10/2002, S. 19–24.

stellen. Zudem war mit dem *16. Parteitag* und einem bevorstehenden Generationenwechsel an der politischen Spitze Chinas sowie zunehmenden sozio-ökonomischen Problemen im Zuge der Implementierung des WTO-Beitritts Ruhe an der außenpolitischen Front eine strategische Notwendigkeit.

Seitdem sind jedoch einige bemerkenswerte Neuausrichtungen der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik zu erkennen – auch und gerade gegenüber den USA. Selbst in der Taiwanfrage sind ein größerer Pragmatismus und mehr Flexibilität auf Seiten Pekings zu erkennen. Auch scheint Peking zum ersten Mal ernsthaft die bezüglich der Nichtverbreitungspolitik bestehende Unzufriedenheit in Washington beim Export sensitiver Rüstung, Technologie und anderer Materialien (wie an den Irak, den Iran, Pakistan und Nordkorea) durch den Erlass von zwei neuen nationalen Exportkontrollgesetzen für Raketen und biologisch-chemische Waffen im August und Oktober 2002 berücksichtigt und auch von der Taiwanfrage weitgehend abgekoppelt zu haben. Allerdings weisen beide Gesetzte trotz des deutlichen Fortschritts noch Lücken auf. Der amerikanische Vorwurf des chinesischen Exportes kritischer Substanzen für das nukleare Plutoniumprogramm Nordkoreas zeigt,[34] dass die Probleme keineswegs erschöpfend gelöst sind. Auch könnten durch die wirtschaftlichen Reformen, die von der Erosion bestehender Kontrollstrukturen und weit verbreiteter Korruption begleitet sind, die Probleme zukünftig eher wieder zunehmen. Doch werden nun von beiden Seiten sehr viel stärker als vor dem 11. September 2001 die kooperativen Elemente der Zusammenarbeit und die sich daraus eröffnenden strategischen Perspektiven betont. So haben die USA und die UNO im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus zum ersten Mal auch eine uigurische Separatismus-Bewegung, die „*East Turkestan Islamic Movement*“ (*ETIM*), die während des letzten Jahrzehnts für mehr als 160 Todesopfer verantwortlich gemacht wird, als eine terroristische Organisation eingestuft.[35] Mit der Erweiterung der NATO nach Osten, verstärkter militärischer Kooperation mit zentralasiatischen Staaten und einer engeren Zusammenarbeit Moskaus mit dem Bündnis im neuen NATO-Russland Rat hat sich die NATO auch näher an die Grenzen Chinas verschoben. Während dies bisher zu verstärktem Argwohn und Einkrei-

---

[34] Vgl. Bill Gertz, The Washington Times, 17.12.2002 (Online Version).
[35] Vgl. BBC-News, 12.9.2002 (Online Version).

sungsängsten in China geführt hat, hat Peking nun erstmals einen Dialog mit der NATO angemahnt und sucht auch hier die Kooperation.[36]

Dies alles heißt jedoch nicht, dass Peking damit auch auf seine strategischen Zielsetzungen der Wiedervereinigung mit Taiwan verzichtet oder die militärische Modernisierung in der Tat eindeutig den wirtschaftlichen Reformen untergeordnet hätte, wie dies an der Zunahme der Militärausgaben in Zeiten eines Rekorddefizits des Staatshaushaltes in Höhe von 37,5 Milliarden US-Dollar (ein Zuwachs von 19,2 Prozent gegenüber 2001) erkennbar ist oder auch im neuen Weißbuch zur nationalen Verteidigung unzweideutig bestätigt wurde. Auch zeigen die Rüstungsimporte, dass sie Resultat der militärstrategischen Planungen („*doctrine driven*“) und Fokussierungen auf den Taiwan-Konflikt sind und China durch „*asymmetrische Kriegführungsstrategien*“ die Verwundbarkeits- und möglicherweise auch die militärische Interventionsschwelle der USA in diesem Konflikt anzuheben versucht. Während Peking für die absehbare Zeit unfähig ist, die USA militärisch global herauszufordern, werden sich die regionalen militärischen Kräfteverhältnisse gegenüber den ASEAN-Staaten, Taiwan, Japan und sogar Russland in den nächsten 15 Jahren deutlich verschieben. Vor diesem Hintergrund wird es für die USA, die Anrainerstaaten, aber auch die EU entscheidend sein, kurzfristig durch Dialog und Kooperation mit China vor allem die Transparenz Pekings hinsichtlich seiner außen- und sicherheitspolitischen Strategien und seiner militärischen Aufrüstung laufend zu erhöhen und mittelfristig neue Sicherheitsphilosophien (wie „*gemeinsame Sicherheit*“) auf der Grundlage multilateraler Sicherheitsinstitutionen (ARF, SCO, CSCAP u.a.) zu kommunizieren. Dabei sollte auch die NATO das chinesische Dialogangebot annehmen – im eigenen wie im chinesischen Interesse.

Frank Umbach, M.A.
Senior Research Fellow und
Leiter der Arbeitsstelle Asien-Pazifik am Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin

---

[36] Vgl. Petra Kolonko, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.11.2002, S. 5; Bates Gill/Matthew Oresman, IHT, 22.11.2002, S. 8; Francesco Sisci, Asia Times, 19.11.2002 (Internet-Version); und John Pomfret, IHT, 8.–9.5.1999, S. 5.